



Geschichten aus dem Leben als Regiebuch der Politik Sarah Schlösser im Porträt



Sarah Schlösser (SPD) kandidiert im Wahlkreis III für ein Landtagsmandat

Bild: Sarah Schlösser

■ **Dreiunddreißig Jahre, Gewerkschaftssekretärin und junge Mutter. Die Direktkandidatin der SPD im Wahlkreis Stuttgart III im Porträt.**

Auf einer Delegiertenkonferenz im November nominierte die Stuttgarter SPD ihre Direktkandidierenden für die vier Wahlkreise in der Landeshauptstadt. Die Genossinnen und Genossen aus dem Wahlkreis Stuttgart III, der neben Botnang auch noch Feuerbach, Mühlhausen, Münster, Stammheim, Weilimdorf und Zuffenhausen umfasst, nominierten Sarah Schlösser.

Schlösser ist 33 Jahre alt und arbeitet als Gewerkschaftssekretärin beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Seit rund 15 Jahren ist sie Mitglied bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist Mutter einer eineinhalbjährigen Tochter. Aus diesen Erfahrungen erschließt sich auch das Programm Schlössers, „Wie heißt es so schön? Das Leben schreibt die besten Geschichten. Wir müssen die Geschichten, die uns begegnen wahrnehmen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Genau dann sind wir in der Lage, Politik für die Menschen zu gestalten

und ihr Leben nur ein kleines bisschen leichter zu machen. Meine Geschichte und Erfahrungen sind mein Regiebuch für gute Politik für die Menschen“.

Ihr Engagement sieht die Direktkandidaten als Beitrag für das große Ganze: „Ich kandidiere für den Landtag, weil ich daran glaube, dass wir die Welt besser machen. Weil ich daran glaube, dass mein Einsatz dabei hilft, vielen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Weil ich daran glaube, dass sich die Menschen in Stuttgart und in Baden-Württemberg darauf verlassen können, dass wir für sie da sind.“

Die Themen aus ihrem Programm seien jene Geschichten, die ihr tagtäglich begegneten, erklärt die Sozialdemokratin. Seien es ältere Menschen die aufgrund eines Umzuges vertraute Umgebungen verlassen müssen, um richtig versorgt werden zu können. Neben einem guten Pflegeangebot erfordert dies zum Beispiel auch bezahlbaren Wohnraum. Seien es junge Familien, die aufgrund von hohen Mieten und fehlendem Betreuungsangebot sich strecken müssen, um sich das Leben in der Stadt leisten zu können.

„Wenn ich mitbekomme, wie meine Kollegin monatelang auf einen Platz für die Betreuung ihrer Tochter warten musste. Wenn ich mitbekomme, wie viele Menschen bei uns in Stuttgart sich Sorgen machen, ob es ihren Arbeitsplatz in den nächsten Jahren noch geben wird. Dann spüre ich ein inneres Verlangen mich zu solidarisieren. Dann merke ich in mir: Ich kann nicht einfach zusehen, sondern ich muss mich einbringen und den Menschen helfen“, erklärt Schlösser.

Aus diesem Grund wolle sie diese Themen im Landtag vertreten: Familien in den Mittelpunkt stellen, Wohnraum bezahlbar machen und Sicherheit für Beschäftigte im Heute und Morgen. „Das sind die Geschichten, die das Leben schreibt. Das ist mein Regiebuch für gute Politik“, schließt Schlösser.

Herausgeber: SPD-Ortsverein
Stuttgart-Botnang
V.i.S.d.P.: Felix Goldberg
Vaihinger Landstraße 116
70195 Stuttgart
Telefon 0171 3158594
Redaktion: Saskia Goldberg ·
Felix Goldberg · Sarah Schlösser
Satz: Felix Goldberg

Bildung, Familie und Zukunft der Arbeit

Die drei Schwerpunktthemen von Sarah Schlösser



Sarah Schlösser (links) und Zweikandidat Tobias Haubensak priorisieren die Themen Bildung, Familie und Zukunft der Arbeit

Bild: Sarah Schlösser

■ **Im Interview mit dem Botnanger Keiler erörtert die Direktkandidaten der SPD für den Wahlkreis Stuttgart III, zu dem auch Botnang gehört, die Themen, die ihr am wichtigsten sind.**

Botnanger Keiler: Zunächst mal: vielen Dank, dass du dir die Zeit nimmst mit uns dieses Interview zu führen. Der gesamte Wahlkampf ist ja nicht so einfach zur Zeit.

Sarah Schlösser: „Sehr gerne“.

Insgesamt hast du dir drei Slogans für dein Programm überlegt: „Arbeit heute und morgen sichern“, „Wandel gestalten“ und „Familien im Mittelpunkt“. Fangen wir mal mit dem letzten Thema an, was muss aus deiner Sicht passieren, um es Familien leichter zu machen?

Eine gute Familienpolitik umfasst für mich im Wesentlichen drei Punkte. Bildung, Betreuung und bezahlbarer Wohnraum.

Gute Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter und nicht erst in der Grundschule. Deswegen sind Kitas mehr als Einrichtungen zur Betreuung. Konkret gibt es bei der frühkindlichen Bildung drei Handlungsfelder: Gebührenfreiheit, Qualitätsentwicklung und Betreuungskapazitäten.

Seit langem fordern wir die gebührenfreie Kita, weil Kita-Gebühren wie eine Steuer für Familien wirken und so untergraben, was sonst zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen wird. Die Gebührenfreiheit leistet einen wichtigen Beitrag, wenn wir gleiche Lebensverhältnisse in unserem Land schaffen wollen. Denn bisher hängt es vom Wohnort ab, wie viel der Besuch einer Kita oder die Betreuung in der Kindertagespflege kostet. Es darf nicht weiter von der finanziellen Lage einer Kommune abhängen, ob Kitas gebührenfrei sind oder nicht. Zudem sollten Eltern sich niemals zwischen einem guten und einem günstigen Angebot entscheiden müssen.

Wir wollen den Familien deshalb überall im Land qualitätsvolle und gebührenfreie Bildung bieten. Dafür brauchen wir den Ausbau der Studienplätze für Kindheitspädagogik. Wir fordern den Ausbau um zunächst 200 Studienplätze. Mittelfristig sollen bis zu 30 Prozent der Beschäftigten in einer Kindertageseinrichtung eine akademische Ausbildung haben. Wir erkennen an, dass auch Betreuung schon eine Hilfe für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Deswegen wollen wir die Betreuungskapazitäten generell mit dem Ausbau von Kapazitäten an den Berufsfachschulen und bei den Ausbildungsplätzen

in der dreijährigen praxisintegrierten Ausbildung (PiA) erhöhen.

Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, in dem eine immer gebührenfreie Bildung allen die gleichen Chancen bietet. Dafür muss in unser Bildungssystem investiert werden, in Lehrkräfte, in Aus- und Fortbildungen, in Gebäude sowie in die digitale Ausstattung der Schulen. Qualität bedeutet in unserem Bildungssystem, dass hohe Standards erreicht werden und dass die Schulen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler eingehen, auf ihren sozialen Status, ihren eventuellen Migrationshintergrund oder ihre möglichen körperlichen Beeinträchtigungen.

In Baden-Württemberg sollten alle Menschen die Möglichkeit haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden – ob zur Miete oder als Wohneigentum, ob in der Landeshauptstadt Stuttgart, in der Kleinstadt oder auf dem Land. Der Markt alleine regelt das nicht, es braucht Leitplanken und gezielte Förderung. Und auch das Land hat eine eigenständige Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum, weshalb es eine Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung braucht. Bei allem geht es um guten und nachhaltigen Wohnraum, der

weder teuer sein noch unnötig Flächen verbrauchen muss.

Trotz zunehmender Wohnungsnot ist Baden-Württemberg von einer echten Wohnraumoffensive meilenweit entfernt. Ein solcher Meilenstein ist, wie von der SPD gefordert, die Verdoppelung der Landeswohnraumförderung auf 500 Millionen Euro pro Jahr. So wird es möglich sein, bis ins Jahr 2025 insgesamt rund 500.000 Wohnungen in Baden-Württemberg neu zu bauen, darunter jährlich 6000 geförderte Wohnungen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung (mit der Option einer Bindung über 60 Jahre). Hierfür wollen wir bis 2025 insgesamt 7400 Hektar Landesflächen und weitere Flächen aktivieren.

Dazu wollen wir eine Landesentwicklungsgesellschaft „BWohnen“ für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung einrichten. Sie wird auf Landesflächen zukunftsfesten Wohnraum schaffen und darüber hinaus auf weiteren Flächen und in Zusammenarbeit mit Kommunen und weiteren Partnern bezahlbaren Wohnraum schaffen. „BWohnen“ soll darüber hinaus Ansprechpartnerin für alle Belange der Entwicklung von Wohnraum sein – als Ausdruck einer echten Verantwortung des Landes, Wohnen in der Fläche des Landes wieder bezahlbar zu machen.

Weitere Instrumente zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind die Weiterentwicklung des Zweckentfremdungsverbot (unter anderem um der steigenden Vermietungsquote über Airbnb und andere Anbieter zu begegnen) und die flächendeckende Einführung der Mietpreisbremse. Um auch den Erwerb von selbst genutztem Wohnraum zu unterstützen, soll die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb halbiert werden.

Neben den politischen Dauerbrennern bezahlbares Wohnen und klassischen landespolitischen Feldern wie Bildung, Kultur und Familie, ist in Anbetracht der Pandemie neben der Gesundheit auch die Wirtschaft in aller Munde. Gerade als Gewerkschaftssekretärin kennst du ja das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sehr gut. Neben der Pandemie steht ja aber insbesondere der Baden-

Württembergischen Wirtschaft ein wegweisender Strukturwandel bevor. Was denkst du, ist nötig, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Land zu sichern und zu stärken?

Ich glaube, dass die Bewältigung des Strukturwandels nur gelingt, wenn man die Beschäftigten mitnimmt. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie stand die Wirtschaft in Baden-Württemberg insbesondere in der Automobil- und Zulieferindustrie (auch in Stuttgart) unter Druck. Die Transformation ist eine Herausforderung für viele Betriebe, insbesondere aber für kleine und mittlere, hinzu kommen nun die Auswirkungen der Pandemie.

Eine bessere Weiterbildungsstrategie

Vorrangiges Interesse muss sein, die Arbeitsplätze im Land und in unserer Stadt zu sichern. Dabei kommt der Weiterbildung eine wichtige Rolle zu, weshalb das Land endlich eine abgestimmte Weiterbildungsstrategie mit niedrigschwelligen Angeboten für alle benötigt. Unterstützen wollen wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und die dort Beschäftigten dadurch, dass ein Weiterbildungsfonds auf Landesebene eingerichtet wird, um Maßnahmen zu finanzieren. Auch das 2015 unter Wirtschaftsminister Nils Schmid eingeführte Bildungszeitgesetz ist ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang, weshalb wir daran festhalten und die Zugangsbedingungen erleichtern wollen.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen hat zudem noch eine wichtige Voraussetzung, die für uns zentral ist: die Mitbestimmung in den Betrieben ist die Voraussetzung, um auf Augenhöhe über die Sicherung von Beschäftigung und alle weiteren wichtigen Belange zu diskutieren. Dass die Tarifbindung gestärkt werden soll, ist ein weiteres wichtiges Anliegen von uns. Hierzu muss das Tariftrue- und Mindestlohn-gesetz weiterentwickelt werden

Zur guter Letzt würden wir gerne noch ein eher kommunales beziehungsweise Stuttgart-spezifisches Thema ansprechen, das uns auch schon seit einigen

Wahlen begleitet: den Verkehr. Viele kommunale Maßnahmen benötigen ja die Unterstützung des Landes. Wo würdest du sagen, sind die landespolitischen Hebel um für eine nachhaltigere Mobilität zu sorgen?

Man darf auf keinen Fall aufgrund der Ausgaben, die durch die Pandemie verursacht werden, Investitionen in diesem Bereich aufschieben. Wir brauchen einen massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radwege. Die für den Verkehrssektor gesteckten Klimaziele werden nur zu erreichen sein, wenn Mobilität kollektiver wird und innerhalb der Städte und Ortschaften viele Strecken sicher und bequem mit dem Rad zurückgelegt werden können. Dabei müssen wir auch im ÖPNV für Platz und Komfort sorgen. Mit ausreichend Platz in Bussen und Bahnen und geeigneten Konzepten zu denen auch das Tragen einer Maske gehört, ist der ÖPNV auch in Zeiten einer Pandemie ein sicheres Verkehrsmittel.

Wir wollen, dass Mobilität günstig bleibt und auch ohne eigenes Auto möglich wird. Unser Ziel ist, die Fahrgastzahlen im Nahverkehr bis 2030 zu verdoppeln und zeitgleich den Verkehr in den Innenstädten zu halbieren.

Erste Bausteine sind ein einfaches Tarifgefüge und günstige Preise, um den Umstieg auf Busse und Bahnen attraktiver zu machen. Ein wichtiger Schritt in die Richtung war bereits die letzte Tarifreform für den Stuttgarter ÖPNV. Unser langfristiges Ziel ist ein landesweites 365-Euro-Ticket für alle. In einem ersten Schritt soll dieses für Schüler, Auszubildende, Studenten, Senioren und als Sozialticket eingeführt werden.

Ein nächster Baustein ist der Ausbau der vernetzten Mobilitätsangebote, wie P&R-Anlagen, Carsharing, Fahrradmitnahme, Leihfahrräder. So kann es gelingen, Mobilität auch ohne eigenes Auto zu ermöglichen.

Schließlich brauchen wir verstärkte Anstrengungen, um einen barrierefreien ÖPNV zu erreichen. Das benötigt ein spezielles Investitionsprogramm für Bahnhöfe, Haltestellen und Fahrzeuge.

Liebe Sarah, danke noch einmal für deine Zeit und viel Erfolg im Wahlkampf.

Die Griegstraße als verkehrsberuhigter Bereich?

Konzepte für eine sichere und attraktive Griegstraße



Die Verkehrssituation am Wendehammer der Griegstraße ist nach wie vor unbefriedigend Bild: SPD

■ **Die Pandemie wirkt sich auch auf die Arbeit der Bezirksbeiräte aus. Viele Themen sind vorübergehend zum Erliegen gekommen. Nicht so die Situation in der Griegstraße. An der Verkehrsproblematik am Wendehammer hat sich bisher wenig verändert.**

Die Frage, ob die Griegstraße im Stadtkern von Botnang sicherer gemacht werden muss, ist aus Sicht des Botnanger Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und deren Bezirksbeiräten längst beantwortet. „Wir müssen die Griegstraße sicherer machen. Die Frage ist jedoch wie“, erklärte die stellvertretende Bezirksbeirätin und Vorstandsmitglied der SPD in Botnang Saskia Goldberg.

Ein kürzlicher Antrag der SPD-Bezirksbeiratsfraktion, die Verwaltung damit zu beauftragen, Wege zur Erhöhung

der Verkehrssicherheit, insbesondere für Fußgänger, auszuloten, wurde vertagt. In Kürze werden die Ergebnisse der Beratungsgruppe Verkehr erwartet. Sie hat sich ebenfalls der Griegstraße angenommen. Diese Ergebnisse sollen in die weitere Diskussion einfließen.

Mit dem Antrag rücke das Thema stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, so Dirk Bulander, Bezirksbeirat der SPD. „Es muss klar werden, dass es vor allem im Bereich der Sackgasse, wo viele Autos über den Bürgersteig wenden und auf der Wendefläche parken, so nicht weitergehen kann“.

Durch die vielen Einzelhandelsgeschäfte, Läden und Institutionen gebe es viele Verkehrskonflikte, erklärt Goldberg: „Spielende Kinder vor dem Kindertreff oder vor der Kindertagesstätte, Älte-

re Mitbürgerinnen und Mitbürger auf dem Weg zur AWO Begegnungsstätte und einkaufende Botnangerinnen und Botnanger haben mit dem Park- und Wendeverkehr dort zu kämpfen. Zudem werden auch Rettungsfahrzeuge bei Einsatzfahrten durch den Parkverkehr behindert. Im Interesse der Verkehrssicherheit besteht hier also akuter Handlungsbedarf.“

Eine Prüfung der Stadtverwaltung im September 2020 hat ergeben, dass ein absolutes Halteverbot auf der Wendefläche nicht umgesetzt werden kann, da diese unter anderem zum Be- und Entladen für Marktbesucher zur Verfügung stehen muss. Dennoch müssten Wege gefunden werden, wie die Sicherheit in der Griegstraße optimiert werden kann. Radabstellplätze im Bereich des Bürgerhauses, welche die Verwaltung nach der Prüfung zugesagt hat, seien sicherlich ein Anfang.

Die SPD Bezirksbeiräte sehen jedoch nur in drastischeren Maßnahmen einen wirklichen Fortschritt. Deshalb setzen sie sich auch weiter für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches ein. Dazu zählt das Einhalten der Schrittgeschwindigkeit sowie die Nutzung der gesamten Breite durch Fußgänger. Außerdem befürwortet die SPD Bezirksbeiratsfraktion Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Griegstraße. Dazu zählen neben Sitzgelegenheiten auch Abstellplätze für Lastenfahräder mit Fahrrad-Servicestation. Eine bessere Aufenthaltsqualität käme laut den Bezirksbeiräten auch den Gewerbetreibenden zugute.

Läuft in Botnang etwas schief? Wir sind gerne Ansprechpartner



Immer wieder werden wir auf Probleme im Stadtbezirk angesprochen, seien sie wegen Verkehrsproblemen oder Verschmutzung. Gerne leiten wir Themen, die Sie beschäftigen, an die Verwaltung weiter oder diskutieren Sie im Botnanger Bezirksbeirat. Wir sind für Anregungen dankbar.

Falls Sie also Probleme äußern möchten oder Anregungen für den Themen

haben, die im Bezirksbeirat behandelt werden sollen, wenden Sie sich einfach an uns. Entweder digital per E-Mail (bezirksbeirat@spd-botnang.de) oder postalisch an den SPD OV Stuttgart-Botnang, Felix Goldberg, Vaihinger Landstraße 116. 70195 Stuttgart. Ihre Nachricht wird vertraulich behandelt.

*Ihre SPD-Bezirksbeiräte in Botnang
Dirk Bulander und Saskia Goldberg*